

dustrialisierung und Auswanderung kämen wegen der bedingungslosen Kapitulation nicht in Frage. Vom religiösen Standpunkt aus gebe es keine Schwierigkeit, denn die Dinge einfach ihren Lauf nehmen zu lassen, sei das schlimmste Verbrechen.

Wer den Ton der japanischen Presse kennt, weiß, daß diese Artikel von Nichtjapanern inspiriert, wenn nicht gar geschrieben sind. Diese ganze Bewegung geht dem Anschein nach von Japanern aus, in Wirklichkeit ist sie aber geleitet, oder sogar diktiert von Leuten, die im Namen der Wissenschaft und der Demokratie als Vertreter der Besatzungsbehörde und mit ihrer Billigung sprechen.

Die Christen wie auch die Nichtchristen Japans können nicht verstehen, wie eine Nation, die sich christlich nennt, auf der einen Seite die christlichen Grundsätze verbreiten will, auf der anderen Seite aber Fachleute schickt, um die Japaner zu lehren, das Gesetz der Natur und ihres Schöpfers zu verletzen. Alle Missionare können bezeugen, daß auch eine große Zahl Nicht-Christen die Anwendung dieser Methoden als innerlich schlecht ablehnen.

Die Japaner widersetzen sich aufs heftigste der Auffassung, als bedeute die bedingungslose Kapitulation die Auslieferung ihres Volkes als Versuchstiere zu bevölkerungspolitischen Versuchen. Die katholischen Ärzte und Rechtsanwälte haben an MacArthur ein Protestschreiben gerichtet, in dem sie darauf hinweisen, daß dort, wo die Bande des natürlichen Sittengesetzes einmal gelockert werden, ein nie wieder gutzumachendes Unheil über ein Volk gebracht werde.

Die Katholiken Japans haben ihre Stimme zum Protest erhoben. Aber was bedeutet diese Stimme einer kleinen Minderheit in einem besiegten Land, dessen verschüchterte Regierung sich vor jeder Anregung der Besatzungsbehörde beugt.

Das christliche Weltgewissen muß sich erheben, um diesen brutalen und skrupellosen Versuchen Einhalt zu gebieten, die an einem Volk gemacht werden, das sich selbst nicht mehr die Achtung seiner Menschenrechte verschaffen kann, weil es vor den christlichen Großmächten des Westens bedingungslos kapituliert hat...“

Soweit der Brief des Japanmissionars im Auszug. Der „Michael“ vom 1. November 1949 bringt unter der Überschrift „Bilanz in Japan“ folgende kurze Notiz: „Während der ersten sieben Monate dieses Jahres wurden durch die von der japanischen Gesetzgebung sanktionierten Abtreibungen mehr Menschenleben vernichtet als durch die Atombomben in Hiroshima und Nagasaki. Nach offiziellen Angaben des Wohlfahrtsministeriums wurden in diesen sieben Monaten 93863 Abtreibungen vorgenommen, inoffiziell werden mehr als 300000 Fälle genannt. 50000 Abtreibungen des offiziellen Berichtes wurden mit der Begründung vorgenommen, die Gesundheit der Mutter sei gefährdet; dabei ist zu bemerken, daß 1947 normalerweise in ganz Japan nur 4488 Todesfälle während der Schwangerschaft, der Geburt oder deren Nachwirkungen eintraten.“ Oskar Simmel S. J.

Buchgemeinschaft gegen Büchernot

Der schwere Schlag, der dem deutschen Geistesleben durch die Vernichtung so vieler Bücher zugefügt wurde, kann so rasch nicht wieder geheilt, ja in gewissem Umfang wohl überhaupt nicht wieder gutgemacht werden. Manche Originalwerke sind für immer dahin, andere Bücher sind auf absehbare Zeit in nur so geringer Verbreitung vorhanden, daß ihr Einfluß praktisch erlöschen wird. Die Generation, die jetzt ihre Bildung bezieht, wird den Mangel an Büchern insofern weiter vererben, als durch ihre Unbelesenheit viele Werke einfach aus dem allgemeinen Bewußtsein verschwinden werden. Denn wenn ein

Buch auch später wieder hergestellt werden kann, es ist nicht genug, daß es da ist. Bücher bedürfen, um zu wirken, eines bestimmten Rufes, der sich von Mund zu Mund fortpflanzt; die meisten Bücher werden gelesen, weil ein Lehrer oder ein Freund oder sonst ein Kundiger auf den Gewinn einer bestimmten Lektüre hinweist. Wenn nun eine ganze Generation diese Ratschläge nicht befolgen kann, dann zerreißt die Kette, die das alte Buch mit dem jeweils neuen Leser verbindet, und manches wertvolle Werk hört auf, eine aktive Rolle im Geistesleben zu spielen.

Man kann in der Vernichtung der Bücher auch ein Zeichen der Zeit sehen. Wie der Brand der Bibliothek von Alexandrien als ein Symbol für das Ende einer Kultur gilt, so könnten auch die Flammen, die unsere Bibliotheken verschlangen, das Ende oder den Anfang einer Epoche anzeigen. Die Auslegung des Ereignisses in diesem Sinn kann verschieden weit gehen. Man kann es als einen Aufruf und sinnvollen Zwang zur fundamentalen geistigen Erneuerung ansehen. Oder als Warnungsruf an den Stolz der selbstherrlichen Wissenschaft im neunzehnten Jahrhundert. Oder als die Markierung des Einschnittes zwischen zwei Weisen, die Welt zu sehen und zu begreifen. Oder auch als Verdammungsurteil über unsere Kultur und als das Fanal einer unaufhaltsam fortschreitenden Barbarisierung.

Aber wie immer man das Zeichen im Großen deuten mag, im Konkreten wird es immer als ein empfindlicher Mangel auftreten. Wir können auf das Geistesgut der Vergangenheit nicht einfach verzichten, wenn wir uns nicht freiwillig mit dem Schicksal des Fellaientums abfinden wollen. Selbst der Revolutionär, der einer versunkenen Welt ungerührt den Abschied gibt, wird sich auf die Erkenntnisse früherer Geister beziehen müssen, und sei es auch nur, um an dem Gegensatz sich selbst besser zu verstehen. Ob wir

die alte Kultur retten wollen oder Beweise zu ihrer Widerlegung suchen, es wird nicht ganz ohne einige der alten Bücher gehen. Wie können wir sie wieder herschaffen? Das ist vor allem eine wirtschaftliche Frage, aber sie kann nicht nur den Wirtschaftlern überlassen bleiben. Wir können uns nicht darauf verlassen, daß der Handel von sich aus die gewünschten alten Bücher wieder auf den Markt bringen wird. Denn der Handel hat oft selbst nicht das nötige Kapital, um eine Neudrucklegung umfangreicher Werke in die Wege zu leiten; oder das Risiko ist für den einzelnen Kaufmann zu groß, so daß er entweder von solcher Produktion die Finger läßt oder sie zu unerschwinglichen Preisen anbietet; oder der Handel beschränkt sich, wenn er schon auf frühere Werke zurückgreift, auf die rascheren Gewinn versprechenden Objekte, so daß die wichtigen wissenschaftlichen Standardwerke zu kurz kommen.

Es muß also etwas von seiten der Bücherbedürftigen selbst geschehen. In Tübingen hat man den Anfang gemacht und ist zur Selbsthilfe geschritten. Unter der Leitung und dem Protektorat namhafter deutscher Professoren wurde die „Wissenschaftliche Buchgemeinschaft e. V.“ gegründet. Ihren Mitgliedern wird der Erwerb von Büchern zu ungefähr dem halben Ladenpreis zugesagt. Außer zwei DM Eintrittsbeitrag hat der Interessent eine Anzahlung von dreißig Prozent zu leisten. Dies Geld dient zur Kapitalbildung und ermöglicht dadurch eine selbständige Initiative.

Die günstigen Lieferungsbedingungen kommen dadurch zustande, daß die Subskription das Absatzrisiko aufhebt, daß die Größe der Auflagen das einzelne Exemplar erheblich verbilligt, daß die Gewinne von Verleger und Sortimenten so niedrig wie möglich gehalten werden und Stiftungen und Spenden, auch aus öffentlichen Mitteln, dem Unternehmen zu Hilfe kommen sollen.

Auf der Liste der angebotenen Werke stehen verlockende Titel, so daß mit einer Nachfrage sicher gerechnet werden kann. Wie groß der Absatz tatsächlich ist, wie weit die Verleger mit der Freigabe von Lizenzen entgegenkamen, zu welchem Verzicht die Sortimenter bereit sind, wie hoch die Stiftungen sind und aus welcher Quelle sie stammen, darüber liegen im einzelnen keine genauen Angaben vor. Die Durchführung der Geschäfte liegt in den Händen des Verlages Dr. M. Matthiesen u. Co. KG., Tübingen.

Dem Plan als Ganzem muß bestes Gedeihen gewünscht werden. Gegen Einzelheiten sind Einwendungen erhoben worden. Das Hamburger Wochenblatt „Die Zeit“ stellt am 15. September 1949 die Frage, „warum die Wissenschaftliche Buchgemeinschaft... nicht ihrerseits die schlafende Initiative der Verleger geweckt und für das eigene Projekt eingesetzt hat, statt einem einzelnen Verlag die technische Durchführung ihrer Produktionspläne anzuvertrauen.“ Der Kritiker findet die vorgelegte Liste von Titeln wenig überzeugend, weil sie statt des „ganz Unentbehrlichen“ höchstens das „Notwendige“, wenn nicht das „Wünschenswerte“ enthalte. Um „Standard-Literatur im strengen Sinne an die Spitze ihres Programms zu stellen, Werke also, die zum unentbehrlichen Handapparat des wissenschaftlich Arbeitenden gehören“, sei es notwendig, „daß die Wissenschaftliche Buchgemeinschaft ihr Verhältnis zu den Original-Verlegern in anderer Weise ordnet.“ Hier ist sicher ein schwacher Punkt getroffen. Aber kann man es den Verlegern schließlich verübeln, daß sie sich das Geschäft mit dem „Unentbehrlichen“, weil es eine gewisse Sicherheit bietet, lieber selbst vorbehalten? Man darf vom Idealismus nicht zu viel verlangen.

Dasselbe gilt freilich für den Konsumenten. Die „Zeit“ möchte den Buchhandel vor der Konkurrenz, die das Unternehmen für ihn bedeutet, in

Schutz nehmen. Aber kann man vom Käufer verlangen, daß er auf einen Vorteil in der Beschaffung notwendiger Bücher verzichtet, nur weil „das echte und gutgeführte Sortiment doch auch leben können“ soll? Der Kritiker tritt an anderer Stelle selbst dafür ein, daß die Gesetze der Wirtschaft ihre Unerbittlichkeit behalten müssen.

Die „Zeit“ ist weiterhin enttäuscht von dem „Rückfall in das Anlehnsbedürfnis an den Staat“. Wenn aber schon die Hilfe des Staates in Anspruch genommen werde, so würde „eine kräftige Erhöhung der Bücherei-Etats der Allgemeinheit nachhaltiger dienen als die Subventionierung... von Privatbüchereien.“ Diese Bemerkung ist sicher richtig, doch kann für die Privatbücher folgendes gesagt werden: Die großen Bibliotheken sind nur in großen Städten, das Land würde also benachteiligt; auch Privatbücher gehen von Hand zu Hand; viele Bücher können nur immer von einem Leser auf einmal gebraucht werden, so daß sie auch in einer öffentlichen Bücherei praktisch nicht mehr herumkommen, als wenn sie privat ausgeliehen werden.

Die öffentlichen Bibliotheken können sich übrigens die Vorteile der Wissenschaftlichen Buchgemeinschaft ebenso zunutze machen wie jeder Privatmann.

Es ist vielleicht gut, in dieser Frage nicht zu allgemein zu diskutieren. Es handelt sich nicht um Bücher schlechthin, sondern um eine Anzahl ganz bestimmter Bücher, deren Beschaffung dem, der sie gern besitzen möchte, erleichtert werden soll. Wenn man dem Staatssäckel einen Beitrag dafür entlockt, so ist er wahrscheinlich viel zu klein, um eine grundsätzliche Erörterung über eine mögliche bessere Verwendung zu verlohnen. Die Tübinger Tat ist ein Anfang, den alle Beteiligten begrüßen. Verbesserungsvorschläge werden sich wohl von selbst einstellen, wenn die ersten praktischen Ergebnisse sie nahelegen.

Werner Barzel S.J.